



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 381 Anfrage Budmiger Marcel und Mit. über Praktikumsbedingungen im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Marcel Budmiger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Marcel Budmiger: Ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung meiner Fragen. Auch wenn ich nur teilweise zufrieden bin, kann ich doch festhalten, dass der Kanton eigentlich auf Kurs ist, nicht zuletzt dank politischer Interventionen namentlich von Urban Sager oder von den Gewerkschaften. Im Bereich der Kitas gibt es im Kanton mittlerweile eine Sensibilität, dass die gängige Praxis in vielen Kitas nicht mehr länger tragbar war. Auch die Weisungen der Tripartiten Kommission Arbeitsmarkt (TKA) scheinen sich zu bewähren. Trotzdem würden wir es begrüßen, wenn eine ähnliche Regelung wie in den Kantonen Bern oder Basel-Stadt ins Gesetz geschrieben würde, namentlich in ein Kinderbetreuungsgesetz; den Prüfauftrag dazu haben wir vorher erteilt. Praktika sind nicht nur bei Kitas teilweise problematisch und führen teilweise zur Ausnutzung von jungen, ausbildungswilligen Menschen. Wir begrüßen es deshalb auch sehr, dass die TKA ab diesem Jahr branchenunabhängig vermehrt Praktikumsverhältnisse unter die Lupe nehmen will. Damit meinen wir nicht nur Schnuppertage, Ausbildungspraktika oder einige Wochen in einen Betrieb reinzuschauen, um zu wissen, ob einem dieser Beruf gefällt. Gerade bei den Kitas gab es Fälle, bei denen die Hälfte der Belegschaft angeblich unreife Persönlichkeiten waren, die ein Praktikum absolvierten. Da ging es nicht darum herauszufinden, ob der Beruf einem gefällt, wenn das Praktikum sechs Monate dauert und dann noch einmal verlängert wird. Man weiss bereits nach viel kürzerer Zeit, ob es passt. Hier mussten junge Menschen Verantwortung übernehmen mit nach meiner Meinung zu tiefen Löhnen. Weniger Verantwortung übernommen haben hier die Arbeitgeber. Das hat nichts mit einem Generalverdacht zu tun, das war die Realität. Hier wird in Zukunft mehr kontrolliert werden. Wir sind auf die Resultate gespannt.

Simon Howald: Das Gesetz sagt es bereits: Ein Praktikum ist ein befristetes Arbeitsverhältnis mit Ausbildungscharakter, und als solches soll ein Praktikum aus Sicht der GLP-Fraktion auch eingesetzt werden. Kettenpraktika müssen konsequent unterbunden werden. Wir begrüßen die Überprüfung durch die TKA des Kantons Luzern und durch die Kantonale Industrie- und Gewerbeaufsicht (KIGA) des Sozialversicherungszentrums WAS Wirtschaft Arbeit Soziales, Dienststelle Wira Luzern. Dadurch kann sichergestellt werden, dass ein allfälliger Missbrauch aufgedeckt und korrigiert wird. Der definierte Ansatz der TKA für die Kitas, dass ein Einführungspraktikum maximal sechs Monate dauert und lediglich um maximal sechs weitere Monate verlängert werden kann, wenn der Betrieb den Ausbildungsplatz verbindlich zusichert, erachten wir als sinnvoll. Gut begleitete Praktika im Rahmen der Berufsintegration, insbesondere für junge Menschen, erachten wir als sehr

wichtig. Jedoch ist für uns die aktuelle Situation bei Studienabgängerinnen und -abgängern nicht klar. Eventuell kann der Regierungsrat dazu noch ein paar Details preisgeben. Zusammengefasst: Die GLP-Fraktion findet die Anwendung der heutigen Kita-Regelung auf alle Branchen prüfenswert.

Markus Schumacher: Hier hat der Regierungsrat umfassend geantwortet. Zu verhindern sind Missbräuche wie Kettenpraktika. Die TKA des Kantons Luzern prüft regelmässig die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wozu auch die Praktikumsbedingungen zählen. Zudem sind Mindestlöhne für Praktika bereits im Gesetz geregelt, entweder in einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) oder im Arbeitsrecht. Grundsätzlich dient ein Praktikum dazu, etwas zu lernen, praktische Erfahrung zu erlangen und vorhandenes theoretisches Wissen zu vertiefen und in der Praxis eins zu eins umzusetzen. Das erfordert von beiden Teilen vollen Einsatz. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Praktikanten nicht einfach ausgenutzt werden. Das meine ich beidseitig, denn wie Arbeitgeber haben auch Praktikantinnen und Praktikanten natürlich Rechte, aber auch Pflichten. Ein Praktikum macht also vor allem Sinn für jemanden, der bisher nur über theoretisches Wissen verfügt, den Beruf wechselt oder als Wiedereinsteigerin oder Wiedereinsteiger durchstarten will. Die Praktika dienen den Lernenden genauso wie der Wirtschaft. Praktika sollen aber auf sechs Monate beschränkt sein und nur in Ausnahmefällen um weitere sechs Monate verlängert werden können. Damit können ein Ausnutzen durch Kettenpraktika, wie sie etwa in den Coiffeurläden des vorherigen Postulats vorgekommen sind, und ständige Verlängerungen verhindert werden.

Samuel Zbinden: Ein Praktikum soll dazu dienen, während einer gewissen Dauer gewisse Kenntnisse über eine gewisse Arbeit oder eine gewisse Branche zu erlangen oder diese zu vertiefen. Das meint zumindest auch Wikipedia. Ich denke, diese Definition ist nicht ganz verkehrt, denn genau darum geht es schlussendlich. Es geht darum, dass meist junge Menschen in einem Betrieb über einen klar definierten Zeitraum praktische Erfahrungen sammeln können. Es geht nicht darum, dass die Wirtschaft billige Arbeitskräfte bekommt. In gewissen Zusammenhängen kann so ein Praktikum durchaus eine gute Sache sein, das bezweifelt wohl niemand. Es geht aber nicht, dass Menschen nach einem Hochschulabschluss immer noch nur als Praktikantinnen oder Praktikanten eine Stelle finden oder dass man in gewissen Branchen sehr lange Praktika – welche teilweise sogar noch verlängert werden – als zwingende Voraussetzung für eine Lehrstelle ansieht. Das hat nicht mehr viel mit Erfahrungen Sammeln zu tun, das ist schlicht Missbrauch und Lohndumping. Zur Antwort der Regierung: Ich freue mich, dass die Regierung den Handlungsbedarf bei missbräuchlichen Praktikumsbedingungen zumindest teilweise erkennt. So sollen in Zukunft vermehrt auch branchenunabhängige Kontrollen stattfinden. Das begrüssen wir sehr. Es wird auch angesprochen, dass die Lösung, welche man bei den Kitas gefunden hat, im Sinn von «best practice» auch auf andere Branchen übernommen werden könnte. Leider war ich doch etwas enttäuscht, denn wirklich viel konkreter als das wird es dann nicht. Beobachtungen sind schön und gut, aber eines ist klar: im Moment fehlen schlicht die gesetzlichen Grundlagen, um klare Rahmenbedingungen für Praktika in allen Branchen durchzusetzen. Was nützt denn eine Beobachtung, wenn keine Grundlagen und im Notfall auch keine Sanktionierungsmöglichkeiten vorhanden sind? Andere Kantone und die Lösung bei den Kitas machen es teilweise vor. Es braucht klare Rahmenbedingungen, damit klar ist, wann, unter welchen Umständen, zu welchem Lohn und vor allem auch wie lange jemand als Praktikantin oder Praktikant angestellt werden darf. Ich bin gespannt, ob die Regierung tatsächlich weitere Schritte plant. Das Argument der Regierung, wonach eine branchenübergreifende Lösung – welche wir unterstützen würden – aufgrund der Vielfalt der Praktikumsarten nicht sinnvoll sei, hat mich überhaupt nicht überzeugt. Erstens kann ja auch eine branchenübergreifende Lösung dieser Vielfalt Rechnung tragen, das klappt in vielen anderen Bereichen wie beim Arbeitsgesetz auch, und zweitens geht es eben genau auch ein Stück weit darum, die übertriebene Vielfalt oder anders gesagt den Missbrauch zu bekämpfen.

Thomas Oehen: Mit dieser Anfrage soll auf mögliche Missstände bei

Praktikumsanstellungen hingewiesen werden. Es gibt viele junge Erwachsene, die als Übergang in die Berufswelt auf eine solche Praktikumsstelle angewiesen sind. Leider gibt es auch immer wieder Situationen, in denen diese jungen Personen ausgenutzt werden, obwohl klare Richtlinien bestehen. Die zuständigen kantonalen Stellen wissen um ihre Verantwortung. So kontrolliert die KIGA im Auftrag der TKA die Arbeits- und Lohnbedingungen auf dem Arbeitsmarkt auch bei Praktikumsverhältnissen. Diese Kontrollen zeigen, dass es nur ganz vereinzelt zu Verfehlungen kommt. Solche Verfehlungen werden im Dialog behoben, was bis anhin gut funktioniert. Es ist für die jungen Erwachsenen wichtig, dass sie mit fairen Bedingungen ins Berufsleben starten können. Um dies garantieren zu können, braucht es aber nebst dem Kanton auch die Branchen, die um ihren Nachwuchs besorgt sein müssen.

Urban Sager: Ich stelle fest, dass ein Stimmungswandel vollzogen wurde. Eigentlich alle meine Vorredner brachten zum Ausdruck, dass der gegenwärtige Zustand der Praktika vor einem Lehrbeginn etwas ist, was wir nicht wollen und was nicht zum System passt. Wir wollen, dass man nach den neun obligatorischen Schuljahren den Einstieg in die Berufswelt mit einer Lehre antreten kann und nicht zuerst noch ein Praktikum machen muss. Wir haben auch von den Massnahmen gehört, wie man den ausbeuterischen Kettenpraktika namentlich im Kita-Bereich entgegenwirken will, nämlich mit der Regel der TKA, dass man nur noch ein Praktikum von sechs Monaten machen darf. Wenn man jetzt die Zahlen anschaut, die in der Antwort gezeigt werden, und man mit Fachleuten aus der Branche spricht, sind diese ziemlich erstaunt darüber, dass sich nur 2 von 47 Betrieben nicht an die Weisungen gehalten haben sollen. Da zeichnet sich scheinbar ein anderes Bild ab, wenn man nahe dran ist. Es ist also auch die Frage, wann die Prüfungen durchgeführt wurden. War das fast ausschliesslich im ersten Semester? Dann kann man davon ausgehen, dass die meisten noch in den sechs Monaten drin sind. Im zweiten Semester wird es dann schwieriger. Dann kommen wir zum Problem bei der jetzt gut gemeinten Lösung. Man stellt nämlich jetzt fest, dass das definitiv noch nicht das Ende dieser Problematik sein kann. Es gibt nämlich zwei Möglichkeiten, wie Betriebe darauf reagieren: Zum einen weichen sie eher auf eine Juveso-Lösung aus, bei der die Jugendlichen im Praktikum auch noch Bildungsanteile vermittelt bekommen. Das ist gut gemeint, führt dann aber zu Problemen bei der Chancengerechtigkeit, weil das viel Geld kostet und die Eltern dies mitfinanzieren müssen. Die zweite Möglichkeit ist, dass man die jungen Menschen nach sechs Monaten einfach quasi wieder entlässt und er oder sie dann ein halbes Jahr bis zum Sommer irgendetwas anderes machen muss, bevor er oder sie dann vielleicht eine Lehrstelle antreten kann. Die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2020 einer FaBe-Lernenden-Befragung zeigen, dass knapp 80 Prozent aller FaBe-Lernenden nicht direkt in eine Lehrstelle einsteigen. Ich glaube wir sind uns einig, dass das nicht die Idee ist. Das ist in keinem Beruf die Idee, und es darf auch in einem Betreuungsberuf nicht die Idee sein, dass eine grosse Mehrheit der Lernenden vorher noch ein Praktikum machen muss. Wir haben gesehen, dass die Weisung der TKA relativ zahnlos ist. Ich erinnere Sie an das Beispiel der Gemeinde Emmen, als man gesehen hat, dass, wenn sich die Gemeinde auf diese Weisung abstützen und die Kita-Betriebe in die Pflicht nehmen will, diese bei einem rechtlichen Streit am längeren Hebel sind, weil wir für die Weisung der TKA keine gesetzliche Grundlage haben. Deshalb können die Kitas trotzdem noch Kettenpraktika machen. Das zeigt uns, dass dies ein erster wichtiger Schritt war, aber wir noch nicht dort sind, wo wir hinwollen, dass wir nämlich die Jugendlichen im direkten Einstieg in die Arbeitswelt nicht mit irgendwelchen vorherigen Praktika behindern, um Lohnkosten zu sparen. Wir brauchen gesetzliche Grundlagen, um das zu verhindern.

Andreas Bärtschi: Bereits bei den Barbershops haben wir die Arbeit der TKA thematisiert. In der Antwort auf die Anfrage A 381 sieht man jetzt, wie die Kommission erfolgreich arbeitet. Nachdem Missstände bei den Kitas festgestellt wurden, konnte man diese anpacken und eliminieren. Das konnte ohne zusätzliche Gesetze mit den heutigen Rahmenbedingungen erfolgen. Es stellt sich also durchaus die Frage, wieso man hier eine Gesetzesanpassung machen will, wie das von links gefordert wird. Aus Sicht der FDP ist die Anfrage ausführlich und ausreichend beantwortet worden, wofür wir uns bedanken.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich danke für die einzelnen Voten. Die Richtung stimmt aus unserer Sicht. Die KIGA des WAS, Dienststelle Wira Luzern, führt im Auftrag der TKA – Kantonsratsvizepräsident Rolf Bossart ist dort Präsident – jährlich sogenannte Arbeitsmarktbeobachtungen in verschiedenen Fokusbranchen durch. Dabei werden jeweils auch Praktikumsverhältnisse geprüft. Wir akzeptieren nicht, dass Praktikantinnen und Praktikanten als billige Mitarbeitende missbraucht werden. Es braucht auch keine langen Praktika, und es geht auch nicht, dass man Hochschulabsolventen so als günstige Mitarbeitende einstellt. Bei Verdacht auf Missbrauch werden der KIGA zudem auch Einzelfälle vom Amt für Migration (Amigra) zur Überprüfung überwiesen. In den letzten Jahren wurden im Rahmen der Kontrollen der TKA nur sehr wenig Lohnunterschreitungen in Praktikumsverhältnissen festgestellt, und wir waren gut unterwegs. Bei missbräuchlichen Arbeitsbedingungen kann durch die TKA mit den betroffenen Betrieben ein Verständigungsverfahren durchgeführt werden. Das ist nicht ein Ausdiskutieren, hier gibt es Resultate. Die Verständigungsverfahren sind gerade im Bereich der KITAS als positiv zu werten. Hier ist einiges gegangen. Ab 2021 werden Kontrollen der Praktikumsverhältnisse allgemein vermehrt im Fokus der TKA stehen. Stellt diese fest, dass in gewissen Branchen die Praktikumsituation problematisch ist, kann die besagte Branche als Fokusbranche definiert werden, um die Situation analog zu den KITAS genau zu analysieren. Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass gut begleitete Praktika im Rahmen der Berufsintegration insbesondere für junge Menschen sehr wichtig sind. Diese Praktika dürfen durch eine mögliche übergeordnete Regelung nicht tangiert werden beziehungsweise müssen mit dieser in Einklang gebracht werden. Eine branchenübergreifende Regelung betreffend alle Praktikumsverhältnisse ist aufgrund der Vielfalt möglicher Praktikumsarten nicht sinnvoll. Allenfalls ist der Weg über die verschiedenen Branchenverbände und deren Gesamtarbeitsverträge zu wählen. In Branchen ohne Gesamtarbeitsvertrag können durch den Normalarbeitsvertrag nach dem Obligationenrecht (OR) für einzelne Arten von Arbeitsverhältnissen Bestimmungen über deren Abschluss, Inhalt und Beendigung aufgestellt werden.